

Rede von Bürgermeister Michael Hanus zum Volkstrauertag am 14. November 2021

Liebe Bürgerinnen und Bürger!

Seit knapp 100 Jahren, seit 1922, begehen wir nun den Volkstrauertag. Damals wurde der Kriegstoten aus dem Ersten Weltkrieg gedacht. Das gemeinsame Trauern war aus einem Solidaritätsgedanken motiviert, derjenigen, die keinen Verlust zu beklagen hatten, mit denjenigen, die ihre Ehemänner, Väter und Brüder im Krieg verloren hatten. 1922 standen in der ersten offiziellen Rede zum Volkstrauertag, die der damalige Reichspräsident Paul Löbe gehalten hat, die Versöhnung und Verständigung im Mittelpunkt.

Ein Komitee, dem die großen Glaubensgemeinschaften, zahlreiche Verbände bis hin zum Jüdischen Frauenbund angehörten, setzte sich dafür ein, dass der Volkstrauertag in den meisten Ländern fortan gemeinsam begangen wurde. Während die Nazis aus dem Volkstrauertag einen „Heldengedenktag“ machten, wurde er in der Nachkriegszeit, nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland, ab 1950 in seiner ursprünglichen Bedeutung wieder eingeführt.

Mit zunehmendem Abstand vom Krieg ist es mittlerweile vor allem ein Tag der Trauer. Der Volkstrauertag ist darüber hinaus aber auch ein Tag der Versöhnung, Verständigung und für Frieden. Neben der zentralen Gedenkstunde in Berlin begehen wir heute deutschlandweit in vielen kommunalen Gedenkfeiern den

Volkstrauertag – und so freue ich mich, dass Sie sich hier auf dem Friedhof St. Peter / Friedhof Bissingen eingefunden haben.

Im Namen der Stadt Bietigheim-Bissingen begrüße ich Sie alle zu unserer diesjährigen Gedenkstunde. Gerade in dieser schwierigen Zeit, in der uns Corona besondere Hürden für eine gemeinsame Veranstaltung auferlegt, ist Ihr Erscheinen ein wichtiges Zeichen. Lassen Sie mich zunächst unseren herzlichen Dank zum Ausdruck bringen: für das Stadtorchester Bietigheim/ den Musikverein Bissingen und die Sängerinnen und Sänger des Sängerkranzes und der Chorvereinigung sowie des Böhmerwaldvereins Bietigheim/des Chors Vocalis, die unsere Gedanken musikalisch begleiten und unterstützen. Ein ebenso herzliches Dankeschön gilt den Ellentalgymnasien, die sich auch in diesem Jahr mit einem Beitrag der Jugendlichen in die Gedenkstunde eingebracht haben.

Die Schrecken des Zweiten Weltkriegs, meine sehr verehrten Damen und Herren, liegen nun 76 Jahre zurück. Wir können uns glücklich schätzen, dass wir damit seit mehreren Jahrzehnten kein Kriegsgeschehen in unserem Land erleben mussten. Bereits zwei bis drei Generationen sind bisher verschont geblieben von durch Krieg verursachten Gräueln und Leid. Dennoch – die Welt ist nicht frei von Krieg. Es vergeht kein Tag, an dem nicht in irgendeinem Land oder Kontinent geschossen, gebombt und getötet wird. Der letzte Krieg, der geografisch sehr nahekam, war der Jugoslawienkrieg, der zehn lange Jahre, von 1991 bis 2001, andauerte. Auch hier waren wir mittelbar oder unmittelbar betroffen. Entweder waren Nachbarn oder Freunde, die Familien in Bosnien oder Serbien hatten, betroffen, oder aber wir

kannten deutsche Soldaten, die von der Bundeswehr ins Kriegsgebiet geschickt wurden.

Auch wenn wir hier in Deutschland eine lange Zeit verzeichnen können, in der keine Bombe auf deutsche Städte gefallen ist, so leben wir doch in keiner friedvollen Zeit. Nach der langen Zeit des Kalten Kriegs war es der Terroranschlag von Islamisten in New York am 11. September 2001, der kurz als 9/11 in die Geschichte eingegangen ist. Danach folgten zahlreiche Terroranschläge in deutschen und europäischen Innenstädten, die uns erschütterten. Darunter löste der Anschlag auf die Redaktion des Satire-Magazins Charlie Hebdo in Paris einen der heftigsten Schocks auf uns aus. Mit dem Terror ist die Gewalt ganz nah in unseren Lebensalltag gekommen. Der Krieg findet nicht auf fernen Schlachtfeldern statt, sondern direkt vor der Haustür, in der U-Bahn, auf dem Marktplatz.

Auch der seit 2011 andauernde Bürgerkrieg in Syrien betrifft uns mittelbar. Denn seitdem strömen zahlreiche syrische Flüchtlinge in unser Land. Unschuldige Menschen, die aufgrund der sich bekämpfenden Gruppen ihr Zuhause und ihre Lebensgrundlage verlieren. Darüber hinaus sind es die seit Jahrzehnten bestehenden kriegerischen Auseinandersetzungen in afrikanischen Staaten, sei es in Ruanda, Nigeria oder Mali. Auch dies ist der Grund, warum Tausende von Afrikanern ihren Kontinent verlassen, um in Europa ihr Glück zu versuchen, um eine friedvollere Lebensgrundlage zu erhalten. Dann möchte ich einen weiteren wohl endlos scheinenden Konflikt erwähnen, den Nahostkonflikt. Erst im Mai dieses Jahres hat die Hamas wiederum israelische Städte mit über 1.000 Raketen beschossen, die israelische Armee sich mit einem massiven Angriff auf den

Gazastreifen verteidigt. Zahlreiche unschuldige Menschen auf beiden Seiten wurden dabei getötet. Und nicht zuletzt hat uns erschüttert, was erst vor wenigen Monaten in Afghanistan geschehen ist. Die 20 Jahre währenden kriegerischen Auseinandersetzungen endeten in einem chaotischen Übergang an die neuen, alten Machthaber, den Taliban. Die Flüchtlingswelle aus dieser Region setzt gerade erst wieder ein – teilweise befeuert vom diktatorischen Regime in Weißrussland, wo sich Machthaber Lukaschenko mit dem Schleusen von Flüchtlingen an die Ostgrenzen der Europäischen Union ein trauriges Denkmal setzt.

Auch wenn kein konkretes Kriegsgeschehen zwischen einzelnen Staaten oder in Form eines Bürgerkriegs erfolgt, ist das gewaltsame Vorgehen diktatorischer Staaten gegen Bürger und Bürgerinnen, die sich einer unrechtmäßigen und undemokratischen Politik widersetzen, eine Art von Krieg. Dazu zählen auch die Verfolgungen von Dissidenten, Journalisten und Journalistinnen in China, Russland, der Türkei und Belarus. Demonstrationen werden von der Polizei brutal niedergeschlagen, widerständige Personen willkürlich verhaftet und gefoltert.

Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir leben weiß Gott nicht in einer friedvollen Welt. Wir sehen, dass – ganz gleich, ob im konkreten Krieg oder in „nur“ gewaltsamen Aktionen – Menschen nach wie vor sterben müssen durch die Hand Dritter. Oft sind es unschuldige Menschen, sogenannte Zivilopfer, zudem sind es immer Angehörige der jeweiligen Militärs, Soldatinnen und Soldaten, die ihr Leben der staatlichen Zielsetzung lassen. Hinzu kommen die Menschen, die sich für eine gute Sache einsetzen, wie für den Rechtsstaat, Demokratie und Freiheit. Auch sie

müssen ihr Leben lassen. Ganz gleich, aus welchen Gründen oder durch welche Umstände, das Leben zu verlieren durch Gewalt anderer ist eine schreckliche Tatsache, die sofort aufhören sollte.

Wenn wir an Krieg und Terrorismus denken, dann haben wir immer auch die Demokratie vor Augen. Denn sie ist der wichtigste Schutz gegen solche Entwicklungen, und sie gehört, folgerichtig, auch zu den ersten Opfern autoritärer Machtansprüche. In einer funktionierenden Demokratie können sich diese aber nie durchsetzen.

Unser Gedenken an den Krieg und seine Opfer ist also stets verbunden mit dem Kampf um die Demokratie. Die Vergangenheit hat uns gelehrt, wie schnell es geht, die Demokratie für obsolet zu erklären und am Ende ganz abzuschaffen. Das dürfen wir nicht zulassen, dagegen müssen wir uns mit allen Mitteln wehren, wenn wir uns die Freiheit bewahren wollen. Gedenken spielt dabei eine wichtige Rolle, denn es schärft unseren Blick und unsere Sinne, es ist ein Warnruf, ein immer neuer Anstoß, uns der Vergangenheit zu stellen und sie lebendig zu halten. Das sind wir den Opfern schuldig, aber auch uns selber und unseren Nachkommen, die im wachen Wissen um die Geschichte aufwachsen mögen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können etwas tun. Neben dem Gedenken der Kriegs- und Gewaltopfer eröffnen sich weitere Aktionsfelder, auf denen wir den Betroffenen begegnen können:

Solidarität: Ich appelliere heute am Volkstrauertag an Sie, an alle, die das durch Gewalt entstandene Leid minimieren wollen, an Ihre Solidarität mit Opfern, Betroffenen und Hinterbliebenen. Denn nicht nur diejenigen, die ihr Leben verloren haben oder unschuldig im Gefängnis sitzen, sondern auch die mittelbar betroffenen Menschen erleben eine massive Beeinträchtigung ihres Lebens, sei es durch den Verlust des geliebten Partners oder der Unmöglichkeit, das eigene Leben wie gewohnt fortzuführen. Um hier nur ein Beispiel zu nennen: In vielen Fällen sind psychische Erkrankungen die Folge.

Gewaltvermeidung: Ein Gedenktag wie dieser sollte auch immer daran erinnern, was wir unternehmen können, um Gewalt zu vermeiden. Inwieweit können wir als Politiker und Politikerinnen oder über welche Wege können Organisatoren, Staatengemeinschaften wie die Europäische Union aktiv werden und andere Regierungen an Kriegen oder gewaltsamen Aktionen hindern? Wir kennen Möglichkeiten wie wirtschaftliche Sanktionen, Boykottaktionen und anderes. Alles, was helfen kann, Gewalt zu verhindern, sollte angedacht werden.

Verständigung: Aber noch wichtiger ist es, von vornherein zu agieren und mögliche Konflikte zu unterbinden. Als Beispiel seien hier die Bemühungen genannt, dem Nahostkonflikt durch Gespräche zwischen den Palästinensern und der israelischen Regierung beizukommen. Verständigung bedeutet generell die Kommunikation zwischen zerstrittenen Parteien, Staaten, bürgerlichen Gruppierungen oder feindlichen Lagern. Verständigung heißt: Miteinander reden! Beide Seiten anhören! Nur wenn wir miteinander reden und uns austauschen, dann können wir Kompromisse finden, die beiden zerstrittenen Seiten gerecht wird.

Und dann wäre da noch die **Unterstützung**: Neben der Solidarität ist es notwendig, den Betroffenen mit Hilfe und Unterstützung entgegenzukommen. Unterstützung gibt es in vielfältiger Weise: finanziell, durch Hilfe bei der Integration von Flüchtlingen, durch materielle Geschenke, aber auch in Form des Füreinander-da-Seins. Unterstützung von Betroffenen kann in unterschiedlichster Form und Weise vor sich gehen. Wichtig ist, dass die Hilfe zielführend ist.

Der Volkstrauertag steht im Gedenken an den Kriegsausbruch und die vielen Toten in dessen Folge, zugleich aber auch in der Hoffnung auf eine gemeinsame Zukunft in friedlicher Nachbarschaft.

In unser aller Namen spreche ich das Totengedenken:

Wir denken heute

an die Opfer von Gewalt und Krieg, an Kinder, Frauen und Männer aller Völker.

Wir gedenken

der Soldaten, die in den Weltkriegen starben, der Menschen, die durch Kriegshandlungen oder danach in Gefangenschaft, als Vertriebene und Flüchtlinge ihr Leben verloren.

Wir gedenken derer,

die verfolgt und getötet wurden, weil sie einem anderen Volk angehörten, einer anderen Gruppe zugerechnet wurden, Teil einer Minderheit waren oder deren

Leben wegen einer Krankheit oder Behinderung als lebensunwert bezeichnet wurde.

Wir gedenken derer,

die ums Leben kamen, weil sie Widerstand gegen Gewaltherrschaft geleistet haben, und derer, die den Tod fanden, weil sie an ihrer Überzeugung oder an ihrem Glauben festhielten.

Wir trauern

um die Opfer der Kriege und Bürgerkriege unserer Tage, um die Opfer von Terrorismus und politischer Verfolgung, um die Bundeswehrsoldaten und anderen Einsatzkräfte, die im Auslandseinsatz ihr Leben verloren.

Wir gedenken

Heute auch derer, die bei uns durch Hass und Gewalt gegen Fremde und Schwache Opfer geworden sind.

Wir trauern

mit allen, die Leid tragen, um die Toten und teilen ihren Schmerz.

Aber unser Leben steht im Zeichen der Hoffnung auf Versöhnung unter den Menschen und Völkern, und unsere Verantwortung gilt dem Frieden unter den Menschen zu Hause und in der ganzen Welt.

Meine Damen und Herren, der Volkstrauertag mahnt uns, allen Opfern von Krieg, Gewalt und Terror ein ehrendes Andenken zu bewahren. Deshalb legen wir in

Ehrfurcht und als Zeichen der Trauer und des Gedenkens am Ehrenmal für die Gefallenen des Zweiten Weltkrieges unseren Kranz nieder.

Für die Feier in Bietigheim:

In unser Gedenken eingeschlossen sind auch die Opfer der Zwangsherrschaft, weshalb wir am auch am dortigen Ehrenmal einen Kranz niederlegen.

Auch die Verbände der Vertriebenen beteiligen sich in diesem Jahr wieder mit einem Liedbeitrag an unserer Feier. Wir werden ihren Gedenkstein im Anschluss an diese Feierstunde ebenfalls mit einem Kranz schmücken.